

Reiche Partei – arme Partei

Spender für teure Wahlkampf-Finanzierung bleiben in der Regel im Hintergrund

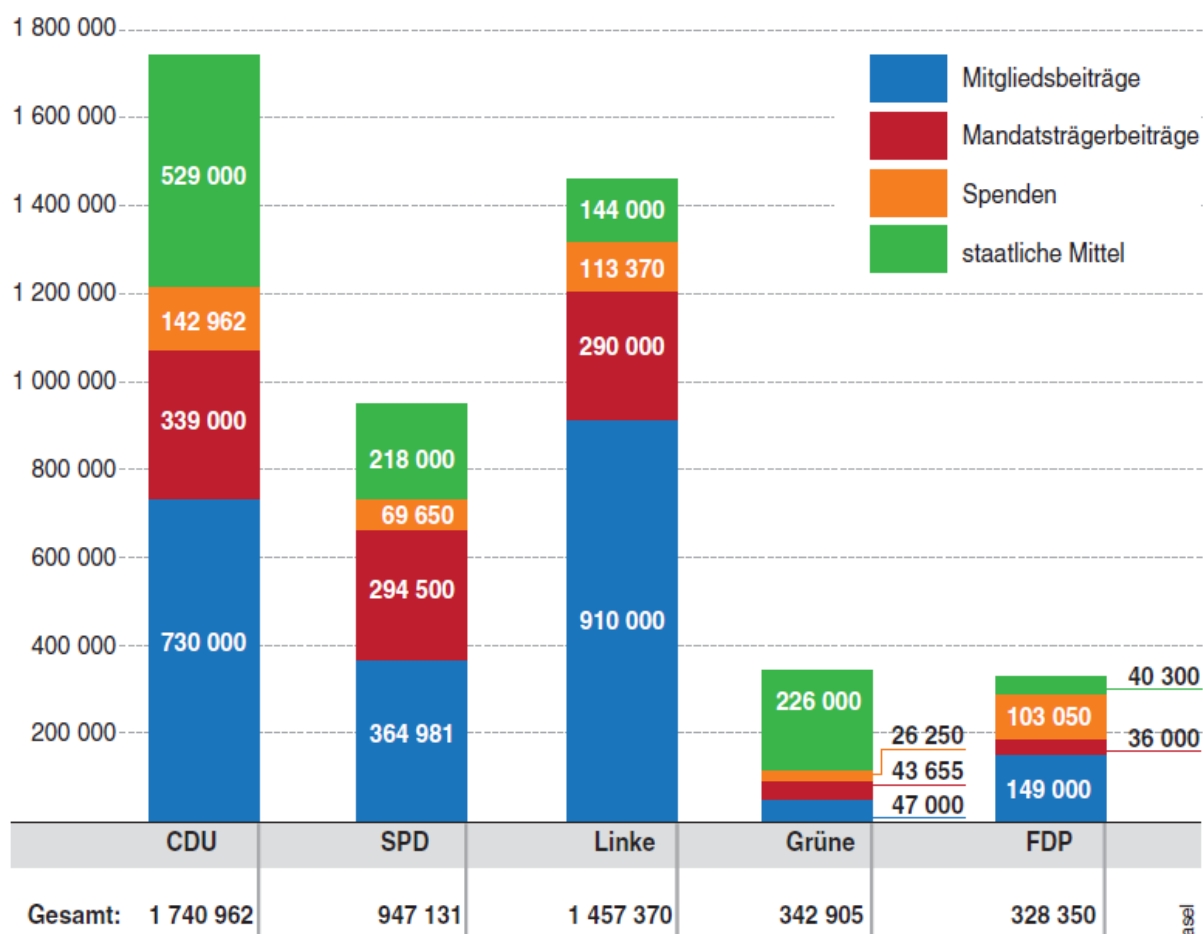
Erfurt. Parteispenden haben etwas Anrüchiges, doch ohne sie wären die Parteien im Wahlkampf aufgeschmissen: Mehr als 2,6 Millionen Euro Spenden flossen 2009, dem Jahr der Landtagswahl, an Thüringens Parteien. Wer die großzügigen Spender sind, bleibt jedoch in der Regel geheim.

Von ROBERT BÜSSOW

Die Landtagswahl vor drei Jahren war teuer, sehr teuer sogar. Gut 6,2 Millionen Euro investierten die fünf im Parlament vertretenen Parteien in Werbung und Wahlkampfauftritte – und stürzten ihre Bilanzen tief ins Minus. Allein die CDU ließ sich im Althaus-Chaosjahr ihren Wahlkampf 2,8 Millionen Euro kosten und verbuchte am Ende ein Defizit von 1,1 Millionen, wie aus dem Bundesrechnungsbildbericht hervorgeht. Die dauerregierende Union konnte allerdings auch die meisten Spender gewinnen: Rund 1,7 Millionen Euro landeten im selben Jahr auf ihrem Konto, davon 774 000 Euro von Firmen. Das waren zwei Drittel der Spendensumme aller Parteien in Höhe von 2,66 Millionen Euro. Selbst die

So finanzieren sich die Thüringer Parteien

Angaben von 2010 in Euro



So viel gaben die Parteien 2009 im Wahlkampf aus

2 800 000

1 800 000

916 800

276 000

374 000

wirtschaftsfreundliche FDP kam 2009 nur auf mickrige 305 000 Euro.

Wer die Spender sind, wird nur selten bekannt. Die Parteien sind zwar gesetzlich zur Offenlegung ihrer Finanzen verpflichtet, doch erst ab 10 000 Euro müssen Spenden namentlich ausgewiesen werden. Die meisten bleiben unter dieser Grenze, wollen sie doch nicht in den Verdacht geraten, wegen einer Gefälligkeit zu zahlen. Dass Spender – die ja zumindest der Empfängerpartei bekannt sind – nicht ganz uneigennützig handeln, gelegentlich auch von Parteifreunden in Wahlkampfzeiten gedrängt werden, zeigt der Vergleich des Aufkommens ein Jahr nach der Wahl: Es brach 2010 auf plötzlich nur noch 455 000 Euro ein. Großverdiener war wieder die CDU (siehe Grafik).

Die Spenden machen in normalen Zeiten wie 2010 aber nur einen Bruchteil ihrer Haushalte aus: schlappe sieben Prozent von 6,7 Millionen Euro Gesamteinnahmen aller fünf Parteien. Es fehlt im kleinen Thüringen an Konzernzentralen, die westdeutsche Landesverbände regelmäßig üppig bedenken. Haupteinnahmequelle sind hierzulande seit eh und je die Mitglieder und Funktionäre. In Summe 2,2 Millionen Euro, also ein Drittel ihres Etats, bestreiten die Parteimitglieder – an der Spitze die Linkspartei, die so 40 Prozent ihres Haushalts finanziert. Ein weiterer, nicht unbedeutender Posten sind die Mandatsträgerbeiträge. Wer es für eine Partei ins Parlament geschafft hat, Minister, Staatssekretär – oder eine Ebene tiefer – Landrat, Bürgermeister oder auch Aufsichtsrat geworden ist, muss einen Teil seines Gehalts abgeben. Weil eine solche Zwangsabgabe de facto nicht erlaubt ist, werden sie ebenfalls als Spenden deklariert.

Bei der CDU sind fünf Prozent der Diäten und Gehälter fällig, die Minister und Staatssekretäre der SPD müssen sieben Prozent abführen, die größte Solidarität mit der Partei erwarten jedoch die Linken: zehn Prozent von kommunalen Mandatsträgern, zwölf Prozent von Landtagsabgeordneten und der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow führt laut Geschäftsstelle sogar 15 Prozent seiner Diät ab – mehr als 1000 Euro im Monat. Allerdings erhalten die Fraktionschefs auch die doppelte Diät. Ramelow ist auch parteiübergreifend der fleißigste Spender: Seit 2003 registrieren die Bundesrechnungshofberichte sechs Einmalzahlungen über 10 000 Euro – in Summe 77 000 Euro. Da können auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) und SPD-Parteichef Christoph Matschie mit jeweils drei Spenden über insgesamt 40 250 Euro beziehungsweise 33 863 Euro nicht mithalten. Darin inbegriffen sind noch nicht die regelmäßigen Beträge unter der Meldegrenze. Dritte Haupteinnahmequelle ist der Staat: Er vergoldet jede Spende einer natürlichen Person (auch der Mandatsträger) noch einmal mit 38 Cent extra. Und für jede Stimme bei den Wahlen in Bund, Land und EU werden 70 Cent gezahlt – nur für die ersten vier Millionen Stimmen 85 Cent.

Wer übrigens keine Partei, sondern Thüringen an sich unterstützen will: Das Finanzministerium hat ein Landesspendenkonto für den Schuldenabbau eingerichtet. Mehr als 50 000 Euro sind bereits geflossen.